

ku st approved

28.6.91

FORUM VON CRANS-MONTANA 1991

(vgl. auch Wochentelex vom 24.6.1991)

Zum zweiten Mal in dieser Art fand vom 20. - 23. Juni in Crans-Montana ein ausserordentlich gut besetztes und gut organisiertes Treffen von Politikern, Wissenschaftlern und Diplomaten statt, die an mehreren formellen und informellen Veranstaltungen über den wirtschaftlichen Reformprozess in den ehemaligen Ostblockländern im allgemeinen und dessen Schwierigkeiten in der Sowjetunion im speziellen diskutierten. Parallel zu den Gesprächen und Vorträgen trafen sich die Vertreter der Türkei, Rumäniens, Bulgariens und der UdSSR zu einem weiteren Ministertreffen der Schwarzmeerkoooperation. Das EDA war vertreten durch Botschafter G. Ducrey, P. Pardo und W. Thurnherr. Von einigen der informellen Gespräche, die sie führten, hier eine Zusammenfassung:

1. Gespräch mit dem Premierminister der Republik Georgien, S. Tengis (T.)

T. beurteilt die politische Lage in Georgien nach der Wahl von Z. Gamsachurdia zum Präsidenten durchwegs positiv. Man sei auf dem Weg zu einer wirklichen Demokratie, was sich schon darin zeige, dass nur gerade drei der 19 Kabinettsmitglieder der Partei Gamsachurdias angehörten. Angesprochen auf die im Westen bekannt gewordenen Klagen georgischer Journalisten, wonach die Pressefreiheit im Vorfeld der Wahlen (und z.T. noch heute) drastisch eingeschränkt worden sei, winkte T. ab. Es gäbe mindestens fünf Oppositionszeitungen, und die 16 der 19 Minister, die nicht dem "Runden Tisch / Freies Georgien" angehörten, würden schon dafür sorgen, dass die Zensur nicht wieder eingeführt werde.

Von einer angeblichen Blockade gegen das Autonome Gebiet Südossetien wollte T. ebenfalls nichts wissen. Wenn es eine Blockade



gäbe, dann werde sie von den sowjetischen Truppen durchgeführt. Das habe sich z.B. gezeigt, als die Hilfsgüter der georgischen Regierung nach dem Erdbeben in Ossetien (Mitte April) von den sowjetischen Truppen nicht an die Betroffenen weitergeleitet wurden. Die "Zentrale" in Moskau sei daran interessiert, dass die "abtrünnigen" Republiken Schwierigkeiten mit ihren Minderheiten haben. "Falls da nichts geht, hilft man halt ein bisschen nach", meinte Tengis sarkastisch.

Auf die Frage, ob das neue "Bodengesetz", das den Kauf von Boden nur für Georgier möglich machen soll (der nichtgeorgische Bevölkerungsanteil beträgt immerhin 31 %), seine Zustimmung finde, erklärte T., dass die georgische Führung nach der von Moskau betriebenen Russifizierung der 40-er Jahre praktisch gezwungen sei, diese zugebenermassen harte Einschränkung aufzustellen.

Die Entwicklung in der Sowjetunion beurteilt T. skeptisch. Er glaube nicht, dass eine definitive Fassung des Unionsvertrags bis in sieben Wochen vorliegen werde, was, wie er wisse, im übrigen auch die Meinung Nazarbaevs sei.* In Moskau zeichne sich zusehends eine Koalition von Pugo, Pavlov, Luk'janov, Jasov und Krjuckov gegen Gorbacëv ab. Dieser täte gut daran, sich mehr an El'cin anzunähern.

Von grosser Bedeutung für die politische Entwicklung in der Union ist gemäss Tengis auch die Haltung der zentralasiatischen Republiken. Der ebenfalls am Gespräch beteiligte Aussenminister Georgiens, G. Kostaria, zitierte in diesem Zusammenhang seinen kasachischen Amtskollegen, der ihm gesagt haben soll: "Zuerst warten wir, bis ihr ausgetreten seid, dann tun wir es auch".

Und Georgien werde unabhängig, unterstrich T., weshalb man sich zur Zeit intensiv um wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Aus-

* Nursultan Nazarbaev ist Präsident der Republik Kasachstan und gilt als kritischer Reformier mit grossem politischen Gewicht.

land bemühe. Vor allem im Bereich Frucht- und Obstwirtschaft, Weinbau und Stromexport verspricht sich Tengis für die Zukunft einiges. "Diplomatische Vertretungen" bestünden bereits in New York, Tokio, Ankara und Paris. Umgekehrt hätten die USA sowie die Türkei Büros in Tbilisi. Auch Frankreich habe in der Zwischenzeit ein entsprechendes Gesuch gestellt.

2. Gespräch mit dem Präsidenten der Republik Moldavien, M.S. Snegur (S.)

Rumänien und Moldavien hätten die gleichen kulturellen Wurzeln, sprechen die selbe Sprache und gehörten deshalb auch zusammen, stellte S. in seinen einführenden Worten fest. Die Zusammenarbeit mit dem grossen Nachbarn soll deshalb weiter intensiviert werden. Bereits heute besteht gemäss S. an den fünf grössten Uebergängen der gemeinsamen Grenze ein wachsender Handel, der in einigen Jahren zu einer Art Freihandelszone mit Rumänien ausgebaut werden soll.

Nach seiner Reaktion auf den am 5. April 1991 unterzeichneten Freundschaftsvertrag zwischen Rumänien und der UdSSR befragt*, reagierte S. ausweichend. Es gehe darum, dass die geographische Grenze zu Rumänien in Zukunft nur noch eine formale Bedeutung erhalten werde, meinte der Präsident.

Das Verhältnis zu den Nachbarrepubliken Ukraine und RSFSR werde Moldavien mit bilateralen Verträgen regeln. So sei ein Abkommen

* Im angesprochenen Vertrag anerkennen die Unterzeichneten unter anderem die Unverletzbarkeit der gegenseitigen Grenzen, was im Fall von Moldavien und den Schlangeninseln im Schwarzen Meer zu Diskussionen Anlass gegeben hatte. Mehr als verwirrend war deshalb in diesem Zusammenhang die Aussage von Petre Roman während des Gesprächs mit Bundesrat J.P. Delamuraz tags zuvor. Der Freundschaftsvertrag mit der UdSSR sei auch deshalb abgeschlossen worden, um, wie er feststellte, "laisser une porte ouverte à la Moldavie". Die Tatsache, dass der rumänische Aussenminister A. Nastase am 24. Juni vor dem Parlament die Forderungen nach einer Wiedervereinigung als utopisch und kontraproduktiv zurückwies und bekräftigte, dass Rumänien keine Ansprüche auf die Moldauische SSR erhebe, bestätigt den ohnehin zweifelhaften Eindruck, den Petre Roman in Crans-Montana hinterliess.

mit der Ukraine geplant, dass den Moldaviern in der Ukraine und den Ukrainern in Moldavien gewisse noch auszuhandelnde Rechte garantieren soll.*

Angesprochen auf die Folgen des "9+1-Uebereinkommen" für Moldavien, gab sich Snegur recht selbstbewusst. Es sei die Bevölkerung Moldaviens und nicht Gorbacëv, oder andere in Moskau, die über das Schicksal der Republik entscheiden werden. Zur Zeit sei das Parlament daran, ein Gesetz zur Durchführung eines Referendums zu erarbeiten. Anschliessend soll die Bevölkerung selbst über die Zukunft Moldaviens entscheiden können. Ein Datum für das Referendum stehe allerdings noch nicht fest. Zur Person Gorbacëv äusserte sich S. ansonsten positiv. Er hätte bedeutendes geleistet und habe ihm bis anhin wenigstens noch nie mit erhobenen Zeigefinger ein allfälliges Scheitern der Perestroika vorgeworfen, wie das Scerbakov, der ebenfalls am Forum in Crans-Montana teilnahm, tags zuvor getan hatte.

Zu den Problemen mit den Gagausen, jener rund 173'000 Personen (= 3,3 % der Bevölkerung Moldaviens) zählenden türkischsprachigen, christlichen Minderheit wusste der Präsident nur wenig zu erzählen. Den Gagausen seien schon vor Jahren Schulen in ihrer eigenen Sprache angeboten worden, was diese abgelehnt hätten. In Comrat habe man jetzt ausserdem Universitätslehrgänge in türkischer Sprache geschaffen.

3. Gespräch mit dem Aussenminister Estlands, L. Meri (M.)

M. gab sich in seinen Auesserungen zur Lage in der Sowjetunion sehr skeptisch. Gorbacëv habe zwar in den letzten Wochen politisch wieder an Boden gewonnen, doch sei dieser "Terraingewinn" minim im Vergleich zum Machtgewinn seiner "entourage" Pavlov, Pugo, Krjuckov etc. Abgesehen davon sei Gorbacëv alles andere als

* Der Bevölkerungsanteil der Ukrainern in Moldavien beträgt 13,8 %, jener der Russen 13 %.

"seine Idealbesetzung" für den Posten des Präsidenten der Restunion. Der Reaktion Gorbacëvs und Bessmertnichts auf seine Protestnote nach den Ueberfällen auf die estnischen Zollstationen sei symptomatisch für die Haltung Moskaus. Sie soll sich - so Meri - auf die Absage eines vorgesehenen Gesprächs zwischen ihm und Bessmertnich am Rand der KSZE-Konferenz in Berlin beschränkt haben.

Auf die Frage, wer denn in Moskau die Macht in den Händen halte, bemerkte M. nach einigem Ueberlegen, dass mittelfristig wohl die "konservative Koalition" der rechtsgerichteten Kreise in Moskau die entscheidenden Beschlüsse fälle. Auf jeden Fall sei er überzeugt davon, dass Pugo von den militärischen Interventionen im Baltikum wusste. Die Ueberfälle und sogenannten "Uebungen" in den letzten Wochen und Monaten seien zu genau koordiniert gewesen, als das ohne Absprache mit Moskau hätte passieren können.

Starke Befürchtungen äusserte M. im Hinblick auf die Minderheitenkonferenz vom Juli in Genf. Er wisse aus verlässlichen Quellen, dass sich die sowjetische Delegation für die vorgesehene Konferenz äusserst sorgfältig vorbereitet habe, und in Genf das Ziel verfolge, die Situation der Minderheiten in den "abtrünnigen" Republiken Estland, Lettland, Litauen, Georgien, Armenien und Moldavien einseitig und verzerrt darzustellen. Damit verfolge Moskau die Absicht, zu zeigen, dass die Situation der Minderheiten sich mit einer Aufsplitterung der Union verschlimmern würde.

Schliesslich sprach M. die Einrichtung eines estnischen Informationsbüros in Genf an. G. Ducrey machte M. darauf aufmerksam, dass die Schweiz mit der Eröffnung eines solchen Büros, mit privatrechtlichem Status, prinzipiell einverstanden sei. M. interessierte sich jedoch weniger für die rechtlichen als die finanziellen Aspekte, die bei der Einrichtung einer solchen "Vertretung" auftreten könnten. In diesem Zusammenhang schlug Meri vor, dass die Schweiz das estnische Büro finanziere, während im Gegenzug die Kosten eines schweizerischen "Informationsbüros" in Tallinn von der estnischen Regierung übernommen würden.

4. Kurzes Gespräch mit J. Drnovsek (D.), slowenisches Präsidentschaftsmitglied Jugoslawiens

D. unterhielt sich kurz mit G. Ducrey über die allfällige Anerkennung Sloweniens als unabhängiger Staat durch den Westen. Er ging davon aus, dass wahrscheinlich keiner der westlichen Staaten als erster den zugegebenermassen "gewagten" Schritt unternehmen wird. Er verstehe selbst, dass es sich eher um einen "Anerkennungsprozess" handeln muss, der nach einer Reihe von informellen und formellen Verhandlungen sowohl mit Ljubljana als auch mit Belgrad schliesslich zur Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens führen soll. Vranitzky habe ihm in Wien den Vorschlag gemacht, die Anerkennung der Republik nicht "bilateral" anzustreben, sondern zu versuchen, eine ganze "Gruppe" von Staaten davon zu überzeugen. Allerdings seien seine Hoffnungen diesbezüglich geschwunden, nachdem er von der (inzwischen bestätigten) Reaktion der EG-Staaten und Oesterreichs vernommen habe.

Angesprochen auf die möglichen Reaktionen Belgrads auf die Unabhängigkeitserklärung der beiden Republiken Kroatien und Slowenien, äusserte sich D. zuversichtlich. Er glaube nicht, dass der Kroat Markovic eine militärische Intervention oder eine wirtschaftliche Blockade gegen die Randrepubliken ins Auge fassen werde. Die Führungsschicht der jugoslawischen Armee bestehe zwar aus 70 % Serben, doch sei es unwahrscheinlich, dass diese Führung die zum grossen Teil aus "Nicht-Serben" zusammengesetzten Einheiten, dazu bringen könnten auf das eigene Volk zu schliessen. Im übrigen unterstrich er den erreichten Stand der Unabhängigkeit. Es gäbe bereits slowenische Pässe und eine eigene slowenische Währung, doch halte man das neugedruckte Geld bis auf weiteres zurück.

5. Entretien Ducrey avec le ministre des affaires étrangères d'Oman, M. Youssef bin Alawi (A)

Une fois de plus, A démontre à quel point son pays, entouré par les puissances régionales que sont l'Arabie saoudite et surtout l'Iran, se multiplie en offres de bons offices et de conciliations. Il confirme le rôle joué par son pays dans la normalisation entre ces deux voisins. Poursuivant sur cette voie, Mascate considère maintenant comme une priorité majeure le rapprochement de Téhéran et Washington. A a suggéré la possibilité d'actions conjointes avec la Suisse, en raison de notre mandat américain à Téhéran. En ce qui concerne la sécurité dans la région, Oman tient à faire oeuvrer, de façon concertée, mais sans structure fixe, les 6 du CCG, les 6 + 2 (groupe de Damas) et les 6 plus l'Iran. A souligne l'importance primordiale d'une coordination entre tous ces acteurs en vue de la création de mesures de confiance régionales. Une participation de l'Irak à ces efforts n'est cependant pas concevable pour le moment.

6. Entretien Ducrey avec le premier ministre Petre Roman (R)

Le Chef du gouvernement roumain a reconnu que son pays était toujours confronté à un lancinant problème d'image. Il s'est cependant défendu de vouloir composer avec le modèle communiste. Néanmoins, Ceausescu a fait le vide au point qu'il n'y a plus de relève. C'est pourquoi il y a une survivance des anciennes structures, notamment au niveau des villes et des villages. C'est pour cette même raison que trop d'anciens cadres sont toujours en place, avec le risque de voir réapparaître les réflexes autoritaires. R assure avec véhémence que la securitate n'existe plus en tant qu'appareil structuré, cependant, ses membres dispersés peuvent encore excercer une influence ici ou là.

Au plan économique, R est déterminé à poursuivre énergiquement ses réformes structurelles, quitte à bousculer des intérêts régionaux ou catégoriels importants. Les priorités restent

l'agriculture et le tourisme, ou le know how de la Suisse serait très bienvenu. Mais là encore, R reconnaît que les réformes économiques doivent être soutenues par une image plus positive si le pays veut attirer les investisseurs étrangers. "Mais mon gros problème, c'est la motivation de la population" conclut Roman.

7. Gespräche mit Vertretern derjenigen Delegationen, die am Treffen der Schwarzmeerkoooperation teilnahmen

Am Rande des Forum trafen sich die Vertreter der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und der UdSSR zu einem weiteren (geschlossenen) Ministertreffen der Schwarzmeerkoooperation. Wie an der anschließenden Pressekonferenz und einigen informellen Gesprächen zu entnehmen war, ging es bei dem Treffen hauptsächlich darum, das Umfeld einer näheren Zusammenarbeit zu charakterisieren und den Status der Sowjetrepubliken Georgien, Moldavien und Ukraine sowie jener der in Crans als Beobachter zugelassenen Staaten Griechenland und Iran abzuklären.

Dabei stellte sich heraus, dass in Zukunft dem Umwelt- und insbesondere dem Gewässerschutz sehr grosses Gewicht beigemessen werden soll. Wie der Premierminister Bulgariens, D. Popov, mehrmals betonte, geht es darum, die Lebensgrundlagen in der Region zu sichern. Die ökologischen Zustände in den Schwarzmeer-Anliegerstaaten und im Schwarzmeer selbst sei derart katastrophal, dass unbedingt etwas geschehen müsse. Damit fand er vor allem die Unterstützung der Delegationen aus Rumänien und der Sowjetunion.

Die Delegationschefs der Republiken Georgien und Moldavien bekräftigten in Crans-Montana ihren ausdrücklichen Wunsch, bei zukünftigen Treffen als selbständige Delegationen auftreten zu können. Der Premierminister Georgiens, S. Tengis, ging gar so weit, eine Zusammenarbeit von dieser Bedingung abhängig zu machen. Die sowjetische Delegation stellte sich diesem Wunsch nicht völlig quer. Alles hänge von der zukünftigen Entwicklung in der Union und dem noch ungewissen Status derjenigen Republiken ab, die den Unionsvertrag nicht unterzeichnen werden.

Ein nächstes Treffen der Schwarzmeer-Anliegerstaaten, an dem Griechenland und Iran als Beobachter vertreten sein werden, soll am 5./6. Juli in Moskau stattfinden. Dort sollen neben einer "Prinzipienerklärung" die konkreten Schritte in Richtung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Umweltschutz diskutiert werden.

Gespräche von BR. J.-P. Delamuraz mit V. Scerbakov, D. Popov, R. Roman, J. Drnovsek und Y.A. Mustafa

(Auszug aus dem Bericht J.-P. Delamuraz' an den Bundesrat)

Lors de mon entretien avec M. Vladimir Stcherbakov, Premier Vice-Premier-Ministre, Ministre de l'économie de l'URSS, celui-ci a insisté sur la nécessité du soutien politique de l'Ouest au processus de réformes en cours dans son pays qui se trouve confronté au phénomène de désintégration, alors même qu'on assiste dans le même temps à une intégration poussée en Europe occidentale. Les relations commerciales mondiales doivent être modifiées et une place doit être faite à l'URSS. Celle-ci est prête à développer une vraie coopération avec ses partenaires internationaux dans l'intérêt réciproque de toutes les parties; elle veut donc apporter sa contribution et non plus seulement obtenir des crédits de la part de l'étranger comme par le passé. C'est par exemple le cas dans le domaine de l'énergie avec la Charte européenne en préparation. De toute manière, de plus en plus de problèmes ne trouveront une solution que par une approche globale, a remarqué M. Stcherbakov, en citant la protection de l'environnement, les transports, les communications, la recherche et le développement.

M. Stcherbakov a demandé une assistance technique de l'Ouest pour la mise en place d'un réseau de petites et moyennes entreprises et il a regretté l'insuffisance des transferts de capitaux et de savoir-faire vers l'URSS.

De mon côté, j'ai expliqué la réticence occidentale par le manque de garanties données par Moscou aux décideurs publics et privés. J'ai exprimé l'avis que le gouvernement soviétique devait créer la confiance nécessaire au plan international et que celle-ci passait inévitablement par la résolution de la question des rapports entre l'Union et les Républiques, d'une part, et par la mise en oeuvre résolue et sans ambiguïté des principes de base de l'économie de marché.

La rencontre avec M. Dimitar Popov, Premier-Ministre bulgare, a été mise à profit pour faire le point de la situation sur les progrès en matière de réformes. J'ai exprimé le regret que la coopération bilatérale n'ait pas progressé aussi rapidement que prévu depuis notre entrevue de Davos. De son côté M. Popov a estimé que le rythme n'était pas trop mauvais et il a relevé plusieurs éléments positifs, à savoir l'accord avec le FMI et l'accès de son pays aux institutions européennes. C'est ainsi, par exemple, que des négociations avec la CE en vue de la conclusion d'un accord d'association seront entamées en novembre. Il a réitéré sa confiance dans le succès des réformes et a jugé le risque d'un retournement de situation en Bulgarie comme étant faible. Il a demandé la coopération de la Suisse pour ce qui est de la législation dans le domaine de la protection de l'environnement et la formation bancaire. Il a enfin renouvelé avec insistance son invitation à me rendre en Bulgarie.

M. Petre Roman, Premier-Ministre roumain, s'est montré satisfait du résultat des réformes entreprises jusqu'ici, mais a exprimé ses soucis quant à la difficulté de la reprise économique. Son pays fait face à un problème d'image sur le plan international qui est en dessous de la réalité.

M. Janez Drnovsek, membre de la Présidence yougoslave, a souhaité me voir pour m'entretenir brièvement des négociations en cours en ce qui concerne la future Fédération. La Slovénie et la Croatie vont déclarer leur indépendance le 25 juin et rechercheront une reconnaissance internationale.

J'ai enfin rencontré M. Youssri A. Moustafa, Ministre de l'économie et du commerce extérieur égyptien, qui m'a fait part du fait que les effets négatifs de la crise du Golfe n'avaient pas encore été totalement compensés. L'Egypte attend donc un effort supplémentaire de la communauté internationale.